

17.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16273

Kampf gegen Antisemitismus ohne Scheuklappen – antijüdische Ressentiments in all ihren Ausformungen entlarven, anprangern und kompromisslos sanktionieren.

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Marcus Optendrenk

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/16273, wird abgelehnt.

Datum des Originals: 17.03.2022/Ausgegeben: 21.03.2022

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der AfD „Kampf gegen Antisemitismus ohne Scheuklappen – antijüdische Ressentiments in all ihren Ausformungen entlarven, anprangern und kompromisslos sanktionieren.“, Drucksache 17/16273, wurde am 26. Januar 2022 vom Plenum zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen. Die abschließende plenare Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

B Beratung

Der Hauptausschuss beriet dem Antrag erstmalig in seiner Sitzung am 10. Februar 2022 und beschloss eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Dem Ausschuss lagen im Rahmen der schriftlichen Anhörung folgende Stellungnahmen vor:

Sachverständige	Stellungnahme
Bundeszentrale für politische Bildung Präsident Thomas Krüger Bonn	17/4851
Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Düsseldorf	17/4897
Artur Abramovych Bamberg	17/4892

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion wird die Auswertung der schriftlichen Anhörung in der Sitzung am 17. März 2022 vorgenommen und der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Die AfD führt zu Beginn der Debatte aus, der vorgelegte Antrag solle aufzeigen, dass Antisemitismus nicht allein im rechtextremen Bereich zu verorten sei und bemängelt Objektivität und Handlungswillen der anderen Fraktionen gegen Organisationen und Personen aus dem links-extremen und islamischen Spektrum.

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wehren in der Diskussion eindringlich gegen den Vorwurf, Antisemitismus aus dem „islamischen Milieu“, den „links-extremen Lagern“ sowie der Kultur- und Kunstszene zu ignorieren. Sie sehen in dem Antrag eine Instrumentalisierung des Themas. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus jeglicher Couleur sei seit vielen Jahren Schwerpunktthema des nordrhein-westfälischen Parlaments. Vielfältige Maßnahmen zur Prävention seien beschlossen und umgesetzt worden (u.a. die Berufung der Antisemitismusbeauftragten). Die Forderungen des vorgelegten Antrags der

Fraktion der AfD manifestiere hingegen Vorurteile und bediene insbesondere antimuslimische Ressentiments.

C Abstimmung

In der sich anschließenden Abstimmung wird der Antrag, Drucksache 17/16273, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender